

=====

**Forderungskatalog**  
**der Gewerkschaftsgruppen der AGL-TK (Technischer Bereich) des**  
**VEB Bergmann Borsig Berlin an die Volkskammer der DDR**

=====

Die breite Diskussion über die Grundfragen des Erneuerungsprozesses in der DDR hat in den Gewerkschaftsgruppen zur Formulierung einer Vielzahl von Forderungen und Vorschlägen geführt. Der vorliegende zusammengefaßte Forderungskatalog umreißt die kollektive Vorstellung über die Erneuerung als Gesamtheit bis hin zu perspektivischen Zielstellungen. Er stellt den mehrheitlichen Willen der ca. 480 Mitglieder des AGL-Bereiches dar, der in einer Mitgliederversammlung am 13.11. 1989 durch demokratische Abstimmung bekundet wurde.

Mit der Übergabe an die Volkskammer der DDR erhält der Katalog Eingabecharakter und ist bei der Konzipierung des Reformprozesses zu berücksichtigen.

**I. Schaffung der Grundlagen für einen demokratischen sozialistischen Rechtsstaat durch:**

1. - Unverzügliche Aufgabe des verfassungsmäßig garantierten Führungsanspruchs durch die SED
2. - Zulassung von Parteien und Vereinigungen mit sozialistischer Grundorientierung, die Zugang zu den Medien haben *gewählt werden*
3. - Beschränkung der Organisationsformen der Parteien und Organisationen, außer den Gewerkschaften, auf die Wohngebiete. Organisationsformen in staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen sind nicht zulässig *müssen!*
4. - Reformierung der Wahlgesetzgebung mit dem Ziel einer freien geheimen Wahl zwischen Personen und Programmen
5. - Ausschreibung einer Neuwahl der Volkskammer und der Regierung in einem zur Formierung und Profilierung der demokratischen Kräfte angemessenen Zeitraum von ca. einem Jahr.
6. - Begrenzung der Amtszeit von *gewählten* Staatsfunktionären auf zwei Legislaturperioden *und Gewerkschaftsfunktionären*
7. - Gesetzliche Absicherung der Grundrechte nach Artikel 27-30 der Verfassung, der Pressefreiheit der Versammlungsfreiheit und der Rechte auf Vereinigung und Unantastbarkeit der Persönlichkeit
8. - Durchführung einer Strafrechtsreform mit dem Ziel, die demokratischen Grundrechte beeinträchtigenden Elemente des politischen Strafrechts zu beseitigen (z. B. § 96..100, 106, 107, 212, 217)

9. - Schaffung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit durch nur dem geltenden Recht verpflichtete Staatsanwälte, Richter und Verteidiger, erweiterte Verwaltungsgerichtsbarkeit und Einsetzung eines Verfassungsgerichtes
10. - Überarbeitung des Arbeitsgesetzbuches in Bezug auf die Neuregelung der Rechte und Pflichten der Werktätigen
11. - Wirksame Kontrolle aller Schutz- und Sicherheitsorgane durch die Volksvertretungen
12. - Verhinderung aller Monopolisierung und Zentralisierung in Staat und Gesellschaft, sofern sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigen
13. - Umwandlung der Medien von einem Werkzeug der Agitation und Propaganda in ein Instrument der objektiven, allseitigen Information und Darstellung der Vielfalt der Meinungen mit öffentlicher Kontrolle (Mediengesetz)
14. - Abbau des überdimensionalen Apparates für die innere Sicherheit und Auflösung der Kampfgruppen, weil eine demokratisch gewählte Führung dieses Sicherheitsapparates nicht mehr bedarf und dieser eine ständige Gefahr für die Demokratie im Staat bildet
15. - Umwandlung der Gewerkschaften in eine freie und von den Parteien unabhängige Interessenvertretung der Werktätigen
16. - Demokratisierung in den Betrieben durch Schaffung von neuen Strukturen der Mitbestimmung
17. - Aufhebung von Urteilen und Einstellung der Verfahren gegen Betroffene der politischen Willkür der Vergangenheit sowie deren Rehabilitation
18. - Durchführung einer Verfassungsreform mit dem Ziel der Sicherung der Ergebnisse des Reformprozesses und Bestätigung durch einen Volksentscheid
19. - Einführung eines zivilen Wehersatzdienstes
20. - Bildung einer zeitweiligen parlamentarischen Untersuchungskommission mit der Aufgabe, die Integrität der für die gesellschaftliche Fehlentwicklung verantwortlichen Repräsentanten des Partei-, Staats- und Gewerkschaftsapparates zu überprüfen
21. - Bildung von unabhängigen öffentlich-rechtlichen basisnahen Organisationen wie z.B. Verbraucherorganisationen, Meinungsforschungsinstitut u.ä.

- II. Umbau der Volkswirtschaft von der zentral gesteuerten Planwirtschaft zur bedarfsorientierten selbstregulierenden sozialistischen Marktwirtschaft durch:
22. - Ausrichtung der Volkswirtschaft auf die Belange der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, besonders auch auf ein ausreichendes qualitativ hochwertiges Warenangebot an Lebensmitteln und Konsumgütern zu erschwinglichen Preisen ohne Wartezeiten
  23. - Ersatz der bilanzierenden zentralen Volkswirtschaftspläne durch eigenverantwortliche Produktionsplanung der Wirtschaftseinheiten auf der Grundlage des Bedarfes bei Beibehaltung der staatlichen Vorgabe von Rahmenbedingungen
  24. - Begrenzung der Einflußnahme des Staates auf die Vorgabe wirtschaftlicher Randbedingungen, z.B. Steuern, Kreditvergabe, Entwicklungsfinanzierung, mit dem Ziel der Wahrung gesamtgesellschaftlicher Interessen
  25. - Umstrukturierung der volkseigenen Wirtschaft mit dem Ziel der Bildung wettbewerbsfähiger Einheiten
  26. - schrittweise Erhöhung der Selbständigkeit der volkseigenen Betriebe und Kombinate mit dem Ziel der gewinn- und bedarfsorientierten Produktion
  27. - Ausarbeitung eines erfüllbaren langfristigen Energieprogrammes der DDR
  28. - Ausbau der Verkehrswege, des Transportwesens, des öffentlichen Nahverkehrs und des Kommunikationssystems entsprechend den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft unter strenger Berücksichtigung des Umweltschutzes
  29. - Stimulierung der Produktion durch Mechanismen des Marktes und des Angebotswettbewerbes
  30. - Ersatz des Außenhandelsmonopols des Staates durch eigenverantwortliche Export- und Importaktivitäten der Wirtschaftseinheiten
  31. - Zulassung privater und genossenschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe zum Ausbau eines leistungsfähigen Dienstleistungsgewerbes und zur Entwicklung einer flexiblen Zulieferindustrie
  32. - Stärkere Verflechtung der DDR-Wirtschaft mit der internationalen Wirtschaft mit dem Ziel der effektiven Arbeitsteilung und der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit
  33. - sofortige Beseitigung der Bevorzugung bei der Bereitstellung von Wirtschaftsgütern und Dienstleistungen für die Zwecke der Landesverteidigung und inneren Sicherheit
  34. - Entwicklung einer gesunden sozialen Struktur der Gesellschaft durch konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

35. - Abbau des Verwaltungsapparates in staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Einsatz der freiwerdenden Arbeitskräfte und Grundmittel in produktiven Bereichen der Volkswirtschaft
36. - Ersatz der parteigesteuerten Kaderpolitik durch eine qualifikations- und leistungsorientierte Personalpolitik
37. - Offenlegung bzw. weitgehende Abschaffung der Privilegien für Staats-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre u. a. Personengruppen
38. - Abschaffung des sozialistischen Wettbewerbes in seiner bisherigen destruktiven Form
39. - schrittweise Annäherung der Preisrelationen des Binnenmarktes an die des Weltmarktes zur Vermeidung volkswirtschaftlicher Verluste durch Spekulationen
40. - Protektionistische Maßnahmen gegen versorgungsgefährdende Spekulantenkäufe u.ä.
41. - Einführung einer konvertierbaren Währung zur Vereinfachung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit und des internationalen Tourismus
42. - Abbau der Subventionen und Neufestlegung der Sozialleistungen
43. - Entwicklung eines Modells zur Ausübung der Kontrolle und Einflußnahme auf die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Leitung durch die Betriebsangehörigen
44. - Erarbeitung einer neuen Gesetzgebung für das Patent- und Neuererwesens mit dem Ziel der Stimulierung von Innovationen und ihrer schnellen Überleitung in die Produktion
45. - Offenlegung der volkswirtschaftlichen Daten, insbesondere bei den Staatseinnahmen, Verteilung der Fonds, einschließlich der Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit, Finanzierung von Parteien und Organisationen, Handelsbilanzen, Valutaerwirtschaftung und -verwendung und Umweltdaten in durchschaubarer Form
46. - Berechnung und Veröffentlichung der Inflationsrate
47. - Ständige Kontrolle der Entwicklung der Lohn-Preis-Relation als Grundlage für gewerkschaftliche Tarifverhandlungen
48. - Priorisierung der Belange des Umweltschutzes bei allen Entscheidungen zur Entwicklung der Wirtschaft und anderer Lebensbereiche
49. - Erarbeitung einer strengen Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt und Aufbau eines leistungsfähigen Überwachungssystems

- III. Entwicklung der sozialen Verhältnisse und Lebensbedingungen mit dem Ziel der Erhöhung der Lebensqualität durch:
50. - Gewährleistung der sozialen Sicherheit aller Bürger des Landes
  51. - Umfassende Reformierung des Lohn- und Gehaltssystems unter strikter Anwendung des Leistungsprinzips und einer einheitlichen Besteuerung
  52. - ständige Anpassung von Renten und Sozialleistungen an die Geldwertentwicklung
  53. - Schaffung eines einheitlichen Rentengesetzes für alle Bevölkerungsgruppen einschließlich des Staatsapparates
  54. - Veränderung der Mietpreisregelung in Abhängigkeit von Qualität und normativüberschreitenden Ansprüchen
  55. - Neuregelung der Wohnraumvergabepolitik nach sozialen Gesichtspunkten *(sozialökonomische Orientierung)*
  56. - ökonomische Stimulierung der Produktion ernährungsphysiologisch wertvoller Nahrungsmittel
  57. - Aufbau einer unabhängigen Kontrollorganisation zur Überwachung der Qualität und toxischen Unbedenklichkeit von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie des Trinkwassers
  58. - Umverteilung der Mittel zur Förderung des Leistungssportes zugunsten der Entwicklung des Massensportes
  59. - Erweiterung der Möglichkeiten der individuellen Freizeitgestaltung
  60. - Freigabe von militärischen und anderen Sperrzonen für die Freizeit- und Urlaubsgestaltung
  61. - Übergabe der Ferieneinrichtungen des Partei-, Staats- und Sicherheitsapparates zur allgemeinen Nutzung durch die Werktätigen
  62. - Beseitigung aller Beschränkungen der Freizügigkeit für die DDR-Bürger
  63. - Bereitstellung von Devisen für den individuellen Tourismus
  64. - Stimulierung der Erhaltung von Wohnbauten und Maßnahmen zur Energieeinsparung
  65. - Respektierung der Rechte und Würde jedes Bürgers durch Behörden und Ämter und Entwicklung eines hohen Niveaus gesellschaftlicher Umgangsformen
  66. - Anhebung des Niveaus der medizinischen Betreuung der Bevölkerung auf einen für entwickelte Industriestaaten üblichen Stand

IV. Reformierung im Bereich Kultur und Bildung mit dem Ziel der Erhöhung der Vielfalt und Qualität kultureller Angebote und Abbau aller Einschränkungen für die Entwicklung der Persönlichkeit durch:

67. - Wesentliche Neugestaltung des Volkshbildungssystems mit dem Ziel der Erziehung selbstbewußter humanistisch denkender Menschen
68. - Veränderung der Zulassungs- und Auswahlprinzipien in den Bereichen Bildung, Erziehung und Kultur im Hinblick auf eine verstärkte Anwendung von Leistungskriterien
69. - Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung einschließlich des Wehrkundeunterrichts in allen staatlichen Bildungseinrichtungen
70. - Beschränkung der Kontrolle für Veröffentlichungen aller Art auf ethisch-moralische Aspekte
71. - Unterbindung des Ausverkaufes des kulturellen Erbes zur Devisenbeschaffung
72. - Rettung der historisch wertvollen Bausubstanz in unseren Städten und Dörfern
73. - Abbau aller Einschränkungen für den internationalen Austausch von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Publikationen
74. - Schaffung selbständiger kultureller Einrichtungen

Der Forderungskatalog wird freundlicherweise von Carsten Rietzkow zur Verfügung gestellt.